Zehnte Frauen-Alterssicherungskonferenz fand mit ver.di in der SoVD-Bundesgeschäftsstelle in Berlin statt

Noch mehr tun für höhere Frauenrenten

Die Gefahr von Altersarmut, insbesondere bei Frauen, ist noch längst nicht gebannt. Sowohl in der Rente als auch im Erwerbsleben selbst sind Frauen nach wie vor in vielen Bereichen deutlich benachteiligt. Mit Inkrafttreten des Rentenpaketes im Juli dieses Jahres wurden zwar einige Gerechtigkeitslücken geschlossen. Dennoch besteht noch erheblicher Handlungsbedarf, um Frauen in allen Bereichen gleichzustellen und im Alter besser abzusichern.

Dies ist das Ergebnis der zehnten Frauen-Alterssicherungskonferenz, welche die Gewerkschaft ver.di zum zweiten Mal mit dem Sozialverband Deutschland (SoVD) als Kooperationspartner veranstaltete.

Gastgeber war in diesem Jahr der SoVD, der die gut besuchte Konferenz in den Räumen der SoVD-Bundesgeschäftsstelle in Berlin ausrichtete.

Gundula Roßbach, Direktorin der Deutschen Rentenversicherung Bund, referierte.

„Über die Hälfte der Menschen in Deutschland haben auch in Bezug auf ihre soziale Sicherung immer noch mit den Auswirkungen von Strukturen und Rollenzuweisungen, mit geschlechtsspezifischer Verteilung von Arbeitsmarktchancen, Arbeitszeiten, Vermögen, Einkommen und Rente zu kämpfen“, stellte SoVD-Präsident Adolf Bauer zu Beginn der Veranstaltung fest. Bauer forderte: „Wir brauchen endlich eine echte Durchsetzung des Gleichheitsgebots des Grundgesetzes in allen drei Säulen der Alterssicherung.“

Mütterrente als erster Schritt zur Beseitigung der Ungleichbehandlung

Bundesfrauensprecherin und SoVD-Präsidiumsmitglied Edda Schliepack, die die Teilnehmer und Teilnehmerinnen willkommen hieß, begrüßte die Mütterrente als einen ersten Schritt hin zu einer vollständigen Beseitigung der Ungleichbehandlung. Jedoch werde die Ungleichbehandlung bei den Rentenleistungen für die Erziehung von vor und nach 1992 geborenen Kindern weiterhin als willkürlich und ungerecht empfunden, ebenso wie die Unterscheidung, ob die Erziehung in den alten oder neuen Bundesländern stattgefunden habe. Schliepack mahnte, die Finanzierung der Mütterrente nicht aus Beitragsmitteln, sondern als gesamtgesellschaftliche Aufgabe vollumfänglich aus Steuermitteln zu leisten.

SoVD-Frauensprecherin Edda Schliepack begrüßte die Konferenz-Teilnehmerinnen.

Erfolge durch Erhöhung der Einkommensgrenze bei Minijobs untergraben

Ver.di-Bundesvorstandsmitglied Eva Maria Welskop-Deffaa kritisierte, dass es durch die Rentenreform zwar Verbesserungen bei der Anerkennung der Kindererziehungszeiten gebe. Erfolge wie diese würden allerdings durch Rückschritte wie die Erhöhung der Einkommensgrenze bei den Minijobs auf 450 Euro wieder zunichte gemacht.

Prof. Ursula Engelen-Kefer, SPA-Mitglied, und SoVD-Präsident Adolf Bauer.

In einem Vortrag über Belastungsfaktoren in frauentypischen Berufen forderte Stefanie Nutzenberger, ver.di-Bundesvorstandsmitglied,im Hinblick auf den Erhalt der Erwerbsfähigkeit von Frauen u. a. Arbeitszeiten, die eine Vereinbarkeit von Beruf und familiären Verpflichtungen ermöglichen.

Hannelore Buls, Vorsitzende des Deutschen Frauenrates, die das neue Rentenpaket unter frauenpolitischen Gesichtspunkten kritisch unter die Lupe nahm, forderte am Ende ihres Vortrages eine erneute Stärkung der gesetzlichen Rente für Frauen.

Im zweiten Teil der Konferenz referierte Gundula Roßbach, Direktorin der Deutschen Rentenversicherung Bund, zum Thema „Gesund im Job“. Es folgte eine angeregte Diskussion. *veo*

SoVD-Frauenreferentin Dr. Simone Real am Rednerpult.

Stefanie Nutzenberger, ver.di-Bundesvorstandsmitglied.

Fotos (8): Simone M. Neumann

Die Teilnehmerinnen der zehnten Frauen-Alterssicherungskonferenz, die die Gewerkschaft ver.di gemeinsam mit dem SoVD in der SoVD-Bundesgeschäftsstelle in Berlin ausrichtete, sehen noch enormen Handlungsbedarf, um Altersarmut zu verhindern.

Eva M. Welskop-Defaa, ver.di-Bundesvorstandsmitglied bei ihrer Ansprache.